UNIVERSITY OF CALIFORNIA AT LOS ANGELES
DEC 6 1936

Nacht-Ausgabe.

Deutsches Nachrichtenbüro Ges.m.b.H.

(Als Manuskript gedruckt. Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg. 1936	Berlin, Freitag, 20. November	Nr. 1548

Telegrammwechsel zwischen Franco und dem Führer.

Berlin, 20. November. Aus Anlaß der Anerkennung der spanischen Regierung des General Franco durch die Reichsregierung hat zwischen General Franco und dem Führer und Reichskanzler ein in herzlichen Worten gehaltener Telegrammwechsel stattgefunden.

Die Besprechungen Staatssekretärs Dr. Schmidt in Berlin.

Berlin, 20. November. Der österreichische Staatssekretär für die auswärtigen Angelegenheiten Dr. Guido Schmidt hat während seines Aufenthalts als Gast der Deutschen Reichsregierung in Berlin mit dem Reichsaußenminister Freiherrn von Neurath mehrfache politische Aussprachen gepflogen, bei denen alle aktuellen Probleme erörtert wurden.

Es war dies nach dem Abschluß des Abkommens vom 11. Juli d. J. die erste Gelegenheit zu einer allgemeinen politischen Unterredung, wobei insbesondere diejenigen Fragen politischer, wirtschaftlicher und kultureller Natur eingehend behandelt wurden, die die beiden Staaten gemeinsam angehen.

Die Aussprache bewegte sich in freundschaftlichem Geiste und ergab in allen behandelten Fragen eine erfreuliche Uebereinstimmung der Auffassungen.

Es wurde bereinbart, daß der Ausbau der Handelsbeziehungen zwischen dem Deutschen Reich und Oesterreich alsbald in Angriff genommen werden soll, um den Umfang des gegenseitigen Handelsverkehrs beträchtlich zu erweitern, schließlich daß die diesbezüglichen Verhandlungen am 7. Dezember d. J. in Wien beginnen werden.

Ebenso wurde die Frage der Finanzierung des Wintersportverkehrs nach Oesterreich von Mitte Dezember 1936 ab bereits jetzt in zufriedenstellender Weise bereinigt.

Ferner wurden alle anderen Möglichkeiten der Fortentwicklung der zwischenstaatlichen Beziehungen gründlich durchgesprochen und hierbei festgestellt, daß sich bei Wahrung der Grundsätze des Abkommens vom 11. Juli d. J. auf weitem Gebiete die Möglichkeit ersprießlicher Zusammenarbeit ergibt.

Beide Regierungen sind darüber einig, daß der mit dem Abkommen beschrittene Weg in Anbetracht und im Dienste des gemeinsamen Volkstums den Interessen der beiden deutschen Staaten förderlich ist und einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung des Friedens zu leisten vermag.

Staatssekretär Schmidt bei Generaloberst Göring.

Berlin, 20. November. Ministerpräsident Generaloberst **Göring** empfing am Freitag den österreichischen Staatssekretär Dr. Schmidt zu einer längeren Besprechung und gab anschließend zu Ehren des Gastes ein Frühstück, an dem neben den Mitgliedern der österreichischen Delegation der Gesandte Dr. Ing. Tauschitz mit den Herren der Berliner österreichischen Gesandtschaft teilnahmen.

Von deutscher Seite waren unter den Anwesenden Reichsaußenminister Freiherr von Neurath, Botschafter von Papen, die Staatssekretäre General der Flieger Milch, Körner und von Keudell, Ministerialdirektor Dieckhoff, Gesandter von Bülow-Schwante, SS.-Gruppenführer Heydrich, von der deutschen Luftwaffe Generalleutnant Kesselring, Generalmajor Stumpff, Oberst Udet.

Im Anschluß an das Frühstück besichtigte Staatssekretär Dr. Schmidt mit den Herren seiner Begleitung unter Führung des Staatssekretärs General der Flieger Milch zuerst die Anlagen und Einrichtungen der Luftkriegsakademie und der Luftfechtschen Akademie in Gatow, dann den Flughafen und den Fliegerhorst des Jagdgeschwaders Richthofen in Döberitz.

Nach Rückkehr des Staatssekretärs Schmidt nach Berlin führte Generaloberst Göring seinen Gast persönlich durch das Luftfahrtministerium und das Haus der Flieger.

Dr. Goebbels im Reichskriegsministerium.

Berlin, 20. November. Auf Wunsch des Reichskriegsministers sprach Reichsminister **Dr. Goebbels** am Freitag nachmittag zu den Offizieren und Beamten des Reichskriegsministeriums. Nach herzlichem Empfang durch Generalfeldmarschall von Blomberg nahm Dr. Goebbels das Wort, um in 1½stündiger Rede die Grundsätze politischer Propaganda und Taktik zu behandeln.

Unter den Zuhörern befanden sich u. a. der Oberbefehlshaber des Heeres, Generaloberst Freiherr von Fritsch, der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, Generaladmiral Raeder, sowie der Chef des Generalstabes, General der Artillerie Beck.

Die grundsätzlichen Ausführungen des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda wurden mit starkem Beifall aufgenommen.

Abschließend richtete Reichskriegsminister Generalfeldmarschall **von Blomberg** herzliche Dankesworte an Dr. Goebbels. Er begrüßte die enge Verbundenheit zwischen Wehrmacht und Partei. Dr. Goebbels habe sich auch heute wieder nicht nur als Minister, sondern als Meister der Propaganda gezeigt.

Dankestelegramm an Reichsminister Rust.

Berlin, 20. November. Donnerstag abend reiste die englische Abordnung der Sportverbände wieder in die Heimat zurück. Die Abordnung weilte bekanntlich seit dem 5. November auf Einladung des Reichserziehungsministers in Berlin, um die Methoden der körperlichen Erziehung in Deutschland kennenzulernen.

Mr. Savage vom „Board of Education" sandte als Leiter der Abordnung dem Reichserziehungsminister Rust folgendes Telegramm: „Beim Verlassen Deutschlands Eurer Exzellenz herzlichsten Dank. Dank auch allen deutschen Freunden der körperlichen Erziehung."

Tagung der Reichsstelle zur Förderung des Schrifttums.

Berlin, 20. November. Im Rahmen der Reichsarbeitstagung der Reichsstelle zur Förderung des deutschen Schrifttums sprach am zweiten Tage in der Alten Aula der Universität Reichsamtsleiter **Dr. Groß** zu dem Thema „Rasse und Wissenschaft". Er unterstrich einleitend, daß das Problem der Rasse und des rassischen Denkens in unserer Zeit ein vollkommen neues Gedankengebäude errichtet habe. Als fundamentaler Grundsatz stehe am Anfang die wissenschaftliche Erkenntnis von der Erblehre.

Schon hier trennten sich zwei grundverschiedene Anschauungen. Der Anschauung, daß die Erbanlage hauptbestimmend beim Individuum sei, stehe die Umweltlehre gegenüber. Nach den klaren Erkenntnissen der Vererbungswissenschaft habe die Umwelt jedoch weniger Einfluß auf Gestaltung und Entwicklung des Individuums. Die Erbmasse sei das Richtunggebende.

Aus der Erkenntnis der Vererbung ergäben sich zwei Naturanordnungen. Bei der Eingemeinschen trete anstelle der Individualbezogenen die Rassenbezogene zur Förderung alles rassisch Wertvollen. Auf die Menschheit angewandt ergäben sich damit neue Einteilungsgebiete, also Rasseneinteilung. Böswilligerweise werde dieses Vorgehen uns oft als Ueberheblichkeit ausgelegt. Rassisches Denken habe jedoch nichts mit einem Werturteil zu tun, sondern sei lediglich die Feststellung eines anderen Seins.

Dr. Groß streifte dann die machtpolitischen Kämpfe, die das rassische Denken hervorrufen. Weiter ging er auf die Möglichkeiten ein, die das Schrifttum habe, um das rassische Denken in Volk zu verwurzeln.

In erster Linie sei es notwendig, in der Literatur die wissenschaftlich Erkenntnis sicher und Ernstehre richtig darzustellen und sich dem Niveau des Lesers anzupassen. Weiter dürfe man nicht in den Fehler der Geschichte der Vergangenheit verfallen, die blind an den Rassegesichtspunkten vorübergegangen sei. In die heutige Geschichtsschau müsse die biologische Gemeinschaft mit einbezogen werden. Mit fortschreitender Entwicklung werde sich dann nicht nur der Historiker, sondern auch der Philologe und der Theologe in seiner wissenschaftlichen Betrachtung stärker an die Rassenkunde halten.

Anschließen sprach **Dr. Hülle** vom Reichsbund für deutsche Vorgeschichte über „Deutsche Vorgeschichte im Weltanschauungskampf". Er verwies auch auf die Leistungen des Reichsarbeitsdienstes und die enge wissenschaftliche Zusammenarbeit mit den nordischen Ländern.

Dr. Schacht in Teheran.

Teheran, 20. November. Reichsbankpräsident Dr. Schacht traf am Freitag zum Besuch der iranischen Regierung und des Präsidenten der iranischen Nationalbank auf dem Flugplatz Teheran ein.

Zum Empfang hatten sich auf dem Flugplatz der iranische Finanzminister Davar, der Präsident der Nationalbank, General Amir Khosrovi, der Leiter der Europa-Abteilung des Außenministeriums, Ministerialdirektor Aniari, der deutsche Geschäftsträger, Dr. Melchers, Mitglieder der Gesandtschaft, der deutsche Konsul und Ortsgruppenleiter Prof. Dr. Siems eingefunden.

Rundfahrt des LZ „Hindenburg" in Süd-Brasilien.

Berlin, 20. November. Während das Luftschiff „Graf Zeppelin" unseren deutschen Stammesbrüdern an der Küste Brasiliens bis hinunter nach Rio de Janeiro sind sechs Jahren eine vertraute Erscheinung geworden ist, die hinein die ferne Heimat viel näher rückt, blieb den großen deutschen Siedlungsgebieten Südbrasiliens der Anblick des stolzen Luftriesen bis jetzt versagt.

Erfreulicherweise ist es jetzt der Deutschen Zeppelin-Reederei doch gelungen, ohne Aenderung ihres Fahrplans die nötigen Voraussetzungen zu schaffen, um noch vor Beendigung der diesjährigen Südamerikafahrten eine Fahrt nach Südbrasilien zu verwirklichen. Bevor LZ „Hindenburg" von ihrer letzten diesjährigen Südamerikafahrt nach Deutschland zurückkehrt, wird es am 30. November von Rio de Janeiro aus eine 2½stündige Rundfahrt an der Küste entlang und in das Innere des Landes unternehmen, auf der die bedeutendsten deutschen Siedlungen in den Staaten Sao Paulo, Parana und St. Catharina berührt werden sollen.

Es ist damit zu rechnen, daß während dieser Fahrt Hunderttausende unserer Stammesbrüder außer Millionen von Brasilianern Gelegenheit haben werden, dieses Wunderwerk deutscher Technik zu erleben.

Bisher 645 000 Ehestandsdarlehen ausgezahlt.

Berlin, 20. November. Nach einem Bericht des Statistischen Reichsamts wurden im 3. Vierteljahr 1936 im Deutschen Reich 43 878 Ehestandsdarlehen ausgezahlt und für 47 014 lebendgeborene Kinder Erlasse von Drittelhundertsteln gewährt.

Damit ist die Zahl der seit August 1933 ausgezahlten Ehestandsdarlehen nunmehr auf 645 527 gestiegen. In diesen mit Ehestandsdarlehen geschlossenen Ehen wurden bisher 437 459 Kinder lebend geboren.

Zunahme der fremden Kraftfahrzeuge in Deutschland.

Berlin, 20. November. Der Verkehr außerdeutscher Kraftfahrzeuge im Deutschen Reich war im letzten Berichtsjahr (1. Juli 1935 bis 30. Juni 1936) verhältnismäßig stark. Insgesamt sind 603 313 Kraftfahrzeuge, d. h. 61 341 mehr als in der gleichen Zeitspanne 1934/35, zu vorübergehendem Aufenthalt in das Gebiet des Deutschen Reichs gekommen.

Der Gesundheitszustand des Senatspräsidenten Greiser.

Danzig, 20. November. Der Gesundheitszustand des Präsidenten des Senats, Greiser, der zur Kur in Bad Wildungen weilt, hat sich erfreulicherweise gebessert.

Senatspräsident Greiser wird Ende November seine Kur beenden und nach einer kurzen Rückkur in der ersten Dezemberhälfte nach Danzig zurückkehren, um seine Amtsgeschäfte wieder aufzunehmen.

Marxistischer Zeitungsverleger verurteilt.

Danzig, 20. November. Vor dem Schöffengericht hatte sich am Freitag der sozialdemokratische Verlagsinhaber Anton Fooken aus Danzig wegen Steuerhinterziehung zu verantworten. Fooken war der Verleger des inzwischen auf Grund der energischen Maßnahmen des Danziger Senats verschwundenen marxistischen Hetzblattes „Volksstimme" und hatte sich als solcher umfangreicher Steuerhinterziehungen schuldig gemacht.

Die Beweisaufnahme ergab, daß der Angeklagte in den Jahren 1933 bis 1936 mehrfach Steuerhinterziehungen verübt hatte, wobei sich die nichtversteuerten Beträge auf insgesamt 15 000 Gulden beliefen.

Das Schöffengericht verurteilte Fooken wegen Versuchs der Umsatzsteuerhinterziehung und wegen Einkommensteuerhinterziehung in Tateinheit mit Gewerbesteuerhinterziehung zu einer Gesamtstrafe von 17 000 Gulden und zwei Monaten Gefängnis.

Marian Chodacki diplomatischer Vertreter Polens in Danzig?

Warschau, 20. November. Wie mehrere der Regierung nahestehende Blätter berichten, hat die polnische Regierung das Agrement für Minister Papée in Prag nachgesucht. Gleichzeitig wird mitgeteilt, daß der bisherige Geschäftsträger in Prag, Marjan Chodacki, zum diplomatischen Vertreter Polens in Danzig ernannt werden wird.

Besorgnisse des „Temps" wegen Mittelmeerverhandlungen.

Paris, 20. November. Mit einiger Sorge verfolgt der „Temps" die englisch-italienischen Bemühungen um einen Ausgleich im Mittelmeer. Ein etwaiges Abkommen könne und dürfe nicht ausschließlich anglo-italienisch abgetan werden. Die Mittelmeerfrage gehe alle Uferstaaten an, in erster Linie Frankreich. In Rom unterstreiche man mit Vorliebe die Realpolitik des Faschismus. Man müsse aber hoffen, daß Mussolini dieser grundlegenden Wirklichkeit Rechnung trage, weil die Mittelmeerfrage ohne Frankreich nicht gelöst werden könne.

England, das auf die enge Zusammenarbeit mit Frankreich für die Erhaltung und Festigung des Friedens Wert lege, dürfe sich nicht für eine Lösung ohne Frankreich hergeben, der Frankreich nicht zustimmen könne.

Um das Ansehen Salengros.

Paris, 20. November. Jean Renaud, ehemaliger Offizier und Vorkämpfer einer Bewegung, die sich den Zusammenschluß aller gesunden Kräfte des französischen Volkes zur Aufgabe gestellt hat, hat an den Ministerpräsidenten Blum ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt:

„Der Fall Salengro ist nicht erledigt. Deshalb ist es Ihre Pflicht, sofort ein Ehrengericht einzuberufen. Entweder wird das Ansehen Salengros reingewaschen — Sie müssen darauf mehr als irgendein anderer bestehen, und dann werden wir die Ersten sein, die strenge Strafen für diejenigen fordern, die Salengro mit angeblichen Beweisen angeklagt haben — oder Salengro wird für schuldig befunden, und dann werden wir schweigen, weil er tot ist."

Genf zur Anerkennung der spanischen Nationalregierung.

Genf, 20. November. Die Anerkennung der spanischen Nationalregierung durch Deutschland und Italien hat hier nicht überrascht und erscheint auch den ausgesprochenen Volksfrontkreisen im Völkerbundssekretariat als das kleinere Uebel gegenüber einer Anerkennungserklärung Italiens, die man am Jahrestage des Sanktionsbeginns befürchtete hatte.

Das **Journal des Nations** fordert die Einberufung des Völkerbundsrats, weil man beim Zusammentritt des Paktreformausschusses am 7. Dezember, dem auch Spanien angehöre, es nicht dem Saaldiener überlassen könne, welche spanischen Vertreter zugelassen seien. Wenn der Akt der früheren Anlässen bereits den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen zwei Ländern als eine Friedensbedrohung und damit als Anlaß zum Eingreifen betrachtet habe, so sei die Anerkennung noch viel ernster zu beurteilen. Es sei die Pflicht des antierenden Nationalspräsidenten, zu handeln.

Türkischer Flottenbesuch in Malta.

London, 20. November. Unter Führung des Schlachtkreuzers „Sultan Yawus Selim" traf am Freitag die türkische Flotte zu einem sechstägigen Freundschaftsbesuch im britischen Kriegshafen von Malta ein. Es handelt sich um den ersten Auslandsbesuch der türkischen Flotte seit dem Weltkriege.

Australische Frontkämpfer fordern allgemeine Dienstpflicht.

London, 20. November. Von der Jahrestagung der australischen Frontkämpfer in Adelaide wurde am Freitag eine Entschließung angenommen, die sich für die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht ausspricht.

Schwere Explosion in einer chemischen Fabrik bei Meran.

Meran, 20. November. In der Munitions- und chemischen Fabrik der Montecatini-Werke ereignete sich am Donnerstag Abend aus ungeklärter Ursache eine furchtbare Explosion. Amtlich wurden bisher 4 Tote und 70 Verletzte, darunter 4 Schwerverletzte, gemeldet; wahrscheinlich ist aber die Zahl der Todesopfer viel größer.

Noch 1200 Vermißte bei dem japanischen Dammbruch.

Tokio, 20. November. Das furchtbare Unglück im Grubengebiet von Osaruzawa hält ganz Japan in Atem. Aus einer Meldung des Oberpräsidenten der Provinz Akita geht hervor, daß bisher 113 Todesopfer und 45 Verletzte geborgen werden konnten. Ueber 1200 Menschen werden noch vermißt. Die Rettungsarbeiten, zu denen auch Truppen eingesetzt wurden, werden noch mehrere Tage in Anspruch nehmen, da die Geländeverhältnisse besonders schwierig sind.

Das Unglück wurde durch den Bruch eines 200 Meter langen und 50 Meter hohen Staudammes verursacht. Dieser Staudamm konnte dem gewaltigen Druck der angesammelten siftigen Abwässer und der schlammigen Rückstände der Erzgruben nicht standhalten. Die Schlamm-Massen und das Wasser stürzten zu Tal und überschwemmten auf ihrem Weg fünf Bergarbeitersiedlungen, wobei alles Leben im Schlamm erstickte.

Verantwortlich: Kurt Schwerdtkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.